

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Dr. Adolf Auer, Leipzig, Postfach 1000. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Quartal. Einlieferung: Montag, 2. Januar 1923.

Verleger: Dr. Adolf Auer, Leipzig, Postfach 1000. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 30 Pf. pro Quartal. Einlieferung: Montag, 2. Januar 1923.

Nr. 302 Sonnabend, den 30. Dezember 1922 17. Jahrgang

Politische Neujahrsgedanken.

Vom Oberbürgermeister Dr. Adly, W. d. N.

Die drückende Not des Alltags und die Sorge um die nächstliegenden Dinge des Lebens haben einen großen Teil des deutschen Volkes stumpf gemacht. Auf der einen Seite sucht ein krankhafter Materialismus aus der Welt der Scheine und des Scheinens einen möglichst großen Anteil an sich zu bringen, auf der anderen Seite liegt sich fatalistischer Gleichmut in das für unabänderlich gehaltene wirtschaftliche, menschliche und nationale Elend. So sehr die trostlose Lage des deutschen Volkes zu einer derartigen Einstellung verführt, so sehr gilt es, ihr mit allen Mitteln entgegenzutreten. Wunder geschehen in unseren Tagen nicht mehr, und kein Gott und kein Mensch kann ein niedergedrücktes Volk wieder vorwärts und aufwärts führen wenn es nicht selbst in sich den Drang und die Kraft verspürt. An des Jahres Wende soll nicht nur der einzelne Mensch, sondern soll auch das ganze Volk den Mut haben, sich selbst ins Gesicht zu sehen, um so seine Lage und die Pflichten zu erkennen, deren Erfüllung es seiner eigenen Zukunft schuldig ist. Wahrheit und Klarheit sind in solchen Augenblicken der Selbstprüfung doppelt nötig, auch wenn sie schmerzvoll und grausam sind.

Wenden wir auf das hinter uns liegende Jahr zurück, so erhebt sich in ihm noch unser ganzes Leben als Volk und als Mensch sein bestimmendes Gepräge durch den Gewaltakt von Versailles. Im Vordergrund der außenpolitischen Beeinflussung unseres Landes stand der ungeheure Vernichtungswille Frankreichs. Aber eine große Wandlung hat sich doch gegen früher im Laufe dieses Jahres vollzogen: Frankreich findet bei seiner Politik gegen Deutschland nicht mehr die willenlose Gefolgschaft der anderen. Das ist zweifellos ein beachtlicher Fortschritt, aber es bedeutet für uns noch keine Entlastung oder gar eine Befreiung von dem Sclavenjoch von Versailles. Das kann erst eintreten, wenn Frankreich aus Besorgnis vor der offenen Gegnerschaft seiner ehemaligen Verbündeten, und sei es auch nur der wirtschaftlichen Gegnerschaft, geneigt ist, eine Politik der Vernunft einzuschlagen. Die Psychologie Englands und Amerikas ist jetzt aus eigenen wirtschaftlichen Interessen heraus zu einer solchen Politik der Vernunft bereit. Wird sie auch die französische Politik in den gleichen Kurs hineindrängen können? Das ist die Kernfrage für die nächste Zukunft; und alles, was wir an Konferenzen und Entschuldigungen der beteiligten Mächte im Anfang des nächsten Jahres zu erwarten haben, wird sich um diese Frage drehen. Auch Amerika wird letzten Endes kein anderes Rätsel aufgeben als dieses.

Man soll nicht meinen, daß bei dieser Lage für Deutschland kein Raum zu aktiver Politik sei. Im Gegenteil. Die Welt erwartet von Deutschland selbst direkte Vorschläge zur Lösung des Reparationsproblems. Manches seltene und gute diplomatische Geschick ist im Laufe des letzten Jahres von Deutschland ausgegangen, aber stets war die Zielsetzung nur, über die nächstliegenden und drohendsten Schwierigkeiten hinwegzukommen und Zeit zu gewinnen. Es mag sein, daß dieses Verfahren lange Zeit das einzig mögliche war, aber jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, um auch von deutscher Seite aus eine grundlegende und endgültige Regelung vorzuschlagen, und hierzu liegt die große und entscheidende Aufgabe der gegenwärtigen Regierung. Es ist ein schweres Verhängnis für uns, daß uns für diese Etappe der deutschen Politik ein Mann wie Rathenau geraubt worden ist, der in verhältnismäßig kurzer Zeit den Weg zum Bestand unserer Gegner gefunden hatte. Aber es braucht anderen nicht unmöglich zu sein, das fortzuführen, was er angebahnt hatte, zumal gegenwärtig die Voraussetzungen hierfür günstiger liegen als bisher. In England steht jetzt das ganze Volk geschlossen hinter der Politik des neuen Premiers Bonar Law, der mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit von der imperialistischen Sanktionspolitik Frankreichs abgelehnt ist, und aus Amerika mußte selbst ein Clemensau nach der Heimat berichten, daß Frankreichs Plan dort auf schärfsten Widerstand stößt.

Der letzte Hoffnungskammer, der jetzt am außenpolitischen Horizont aufsteigt, darf uns nicht über die ungeheure Schwere unserer inneren Lage hinwegtäuschen. Die Auswirkungen des Gewaltaktes von Versailles haben uns zu einem verarmten und gerodeten Volk gemacht. Ganze Volksteile, die für unser wirtschaftliches und soziales Leben die tragende, verbindende und ausgleichende Schicht bildeten, sind verarmt. Die freien geistigen Berufe, die auf der Arbeit eines mühevollen Lebens aufbauenden Kapitalventurer und viele Einkünfte des ehemaligen Mittelstandes sind zu einem einzigen großen Waldseeart deklassiert. Die wirtschaftliche und menschliche Not und die soziale Notlage

sind den gleichen schweren Verschärfungen ausgesetzt wie die Volksgesundheit im wörtlichen Sinne. In erschreckender Weise offenbart sich am deutschen Volke das Wort Dichters: Die Grundursache des politischen Verfalls der Nation liegt darin, daß die Selbstsucht der einzige Friede aller Lebensregungen geworden ist. Mit einem Wort: Der deutsche Selbsthaltungswille ist auf das Schwere gelähmt. Nach wie vor zerfällt sich der Rest der politischen und wirtschaftlichen Energien unseres Volkes in doktrinärem Gedank und parteipolitischer Eigenlust, und das in einer Zeit, in der die Lebensfragen des deutschen Volkes gebietender als je ein Emporksteigen über alle politischen Theorien und Experimente verlangen. Gewiß ist auch hier das letzte Jahr nicht ohne Bekhen der Besserung geblieben. Die Sozialdemokratie hat ihren Linder, bis dahin im Gegensatz zur Staatsordnung stehenden starken Flügel wieder an sich gezogen, aber sie selbst hat sich im gleichen Augenblick im Reich außerhalb der Regierungsverantwortung gestellt und taktische Rücksichten über die Gesamtverantwortlichkeit triumphieren lassen. Unerfüllt ist nach wie vor das Grundgebot unseres innenpolitischen Lebens: Zusammenfassung aller zur Festigung von Staat, Kultur und Wirtschaft notwendigen Kräfte um der nationalen Selbsthaltung willen. Dies zu erreichen, muß nicht nur der Wille einer Regierung oder einer einzelnen führenden Persönlichkeit sein, sondern das Wollen eines jeden einzelnen Deutschen, gleichviel ob er auf stehendem Posten steht oder eingegliedert ist als kleines Rad in das große Getriebe unseres Volkslebens. Nur ein auf millionenfälligem Einzelwillen sich aufbauender nationaler Selbsthaltungstrieb kann unserem Volke die Kraft zur Ueberwindung der Niederungen geben, in denen es jetzt noch wandelt. Noch hat das deutsche Volk diese Kraft; aber diese sind sich ihrer nicht mehr bewußt. Wäge das neue Jahr diese Kraft wieder werden!

Die Unmöglichkeit der deutschen Holzlieferungen.

In der bereits mitgeteilten amtlichen deutschen Stellungnahme zu den deutschen Holzlieferungen heißt es weiter:

Infolge des Sturzes der Mark konnten die Lieferanten mit den Berichtspreisen weder den laufenden Rohstoffbedarf, noch ihre Vertriebskosten decken und gingen bei Durchführung der Verträge dem Ruin entgegen. Sie stellten daher die Lieferungen ein. Der Reichskommissar versuchte anfangs, pflichtgemäß die Lieferungen zu erzwingen, und schritt sogar zur Enteignung greifbarer Vorräte. Weitere Hemmnisse rieten durch die Handhabung der Abnahmebestimmungen ein. In zahlreichen Fällen stellten die Abnahmebeamten der alliierten Länder härtere Anforderungen, als vorgesehen war. Wenngleich auf die Vorstellungen der deutschen Regierung diese Uebergriffe abgestellt wurden, so brachten diese Fälle doch Zeitverlust und Transportkosten mit sich. Die betroffenen deutschen Lieferanten wendeten sich, die Lieferung unter diesen protokollierten Bedingungen festzusetzen, und zogen teilweise ihre Angebote zurück. Die von den Lieferanten als schikanös empfundene Art der Abnahme erschwerte dem Reichskommissar die Aufbringung des Holzes außerordentlich.

Bis zum 15. November d. J. wurde der Schwellenbedarf für Belgien vollkommen sichergestellt und die Schnittholzlieferungen für Frankreich ausgebracht. Bei den Telegrammangeboten waren wegen der geforderten Abmessungen Angebote nur in geringen Quantitäten zu erlangen. Wegen der strengen Imprägnierungsbestimmungen konnte ein großer Posten bereits gefasster Hölzer nicht zur Ablieferung gelangen. Anschließend hieran wird noch festgestellt, daß bis Anfang Dezember etwa 50 Prozent der von der deutschen Regierung angebotenen Mengen zur Ablieferung gebracht worden sind. Derzeit bei Abgabe des Angebots zu Beginn des Jahres 1923 war von deutscher Seite ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß es wegen der späten, ohne Schuld der deutschen Regierung erfolgten Anforderung wahrscheinlich nicht möglich sein würde, die Lieferungen im gesamten Umfang durchzuführen. Nichtsdestoweniger ist die Bestellung der Beschaffung Deutschlands in der Regel für die französischen Lieferungen allein beantragt und durchgeführt worden. Wenn es auch nicht gelungen ist, die vorgesehenen Liefermengen in dem vorgeschriebenen Zeitraum zur Ablieferung zu bringen, so glaubt die deutsche Regierung doch den Nachweis erbracht zu haben, daß sie im Rahmen der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands alle Anstrengungen gemacht hat, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Eine Beschaffung Deutschlands kann Hiernach keineswegs als unzulässig angesehen werden.

Die Times zur Holzlieferungsfrage.

Die „Times“ schreibt zu der Note der Reparationskommission, der Wert der Holzmenge, die Deutschland versäumt abzuliefern, sei nicht groß und daher bestände keinerlei Notwendigkeit, weiter bei dem Zuschußfall zu verweilen. In Paris aber werde die Entscheidung hierüber anstehend als grundsätzliche Entscheidung angesehen, die einen wichtigen Einfluß auf die bevorstehende Konferenz der Premierminister ausüben könne. Wenn dies die Absicht der französischen Regierung sei, so wäre England gezwungen, zu sagen, daß es in sehr hohem Maße bedaure, daß ein solcher Versuch gemacht würde, der Frage Gewalt anzutun. Die britische öffentliche Meinung sei nicht bereit, die Reparationsfrage vom Standpunkt unergiebiger Sanktionen und Garantien zu betrachten. Es gebe keinen Teil der öffentlichen Meinung in England, der zukünftig wolle, wenn die britische Regierung im europäischen Stadium Zwangsmassnahmen unternehme, die nur jede Hoffnung auf eine allgemeine Lösung zum Scheitern bringen könnten.

Vor der Pariser Konferenz.

Bonars Lows Vorschläge für Paris.

Der Plan des englischen Premierministers ist zwar noch nicht endgültig festgelegt, seine Grundzüge dürfte Ihnen jedoch mit einiger Sicherheit angedeutet werden. Es wird sich handeln um:

1. Herabsetzung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands auf eine Summe innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands und energische Maßnahmen für den Fall deutschen Berges.
2. Zusammenfassung aller deutschen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten in einem einzigen Zahlungsplan.
3. Befreiung Deutschlands von allen Zahlungen während der ersten drei oder vier Jahre und Ermäßigung der Zahlungen während einer weiteren kurzen Periode.
4. Diese Befreiung brauche nicht ein vollständiges Erlaß zu sein.
5. Die Summe von 50 Milliarden Goldmark, verteilt auf eine gewisse Zahl von Jahren, könne als angemessen gelten.
6. Deutschland müsse durch günstige Disquotierungvereinbarungen, die möglicherweise den gegenwärtigen Wert der Gesamtsumme auf die von einer bestimmten französischen Finanzautorität vorgeschlagenen 30 Milliarden vermindern könnten, jeder Beweggrund gegeben werden, seine Verpflichtungen richtig zu erfüllen; dies könne Deutschland natürlich mit Hilfe von äußeren Anleihen tun.
7. Frankreichs besondere Rolle bei der Regelung würde in der Annahme deutscher Reparationsboni bestehen, und vielleicht außerdem auch darin, daß ihm seine Schulden teilweise gestrichen werden.
8. Frankreich müsse seinerseits ebenfalls die zu einem gewissen Maße die ihm von seinen europäischen Alliierten geschuldeten Summen erlassen.

Einige der hier angeführten Vorschläge würden vielleicht noch vor der Eröffnung der Pariser Erörterung abgeändert werden. Außerdem könnten sich die Ergebnisse in Paris oder in Washington so entwickeln, daß der britische Plan überhaupt nicht vorgelegt werde.

Poincarés Absichten für den 2. Januar.

Am Quai d'Orsay herrscht gegenwärtig eine stehhafte Tätigkeit, um das technische und wirtschaftliche Programm für die am 2. Januar beginnenden Besprechungen vorzubereiten. Poincaré soll die feste Absicht haben, auf der Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten unbedingt und in erster Linie die abschließende Beschaffung Deutschlands feststellen zu lassen, damit er die Macht erhält, sofort Sanktionen und Zwangsmassnahmen anzuwenden. Poincaré hat, wie schon berichtet, diesen Note über etwainige Vorschläge der deutschen Regierung nach Berlin geschickt.

Frankreich will sich das Holz selbst holen.

Der „Reuvoir Herald“ will wissen, daß Poincaré am 2. Januar die Auslösung des bei Wiesbaden liegenden Waldes vorschlagen werde, um die fehlenden Holzlieferungen Deutschlands zu vervollständigen. Der Wald würde, wenn Deutschland ihn nicht selbst abholten könnte, von französischen Soldaten oder englischen Arbeitern die dazu herangezogen würden, abgeholzt werden. Vor allem aber sollen zunächst die Holzvorräte im Rheinland beschlagnahmt werden.